Amtliche Bekanntmachung

42 K 45/25

Amtsgericht Siegburg

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

Donnerstag, 14.01.2027, 10:00 Uhr,
2. Etage, Sitzungssaal 234, Neue Poststraße 16, 53721 Siegburg

folgender Grundbesitz:

Grundbuch von Wolsdorf, Blatt 399,
BV lfd. Nr. 1
Gemarkung Wolsdorf, Flur 2, Flurstück 2188, Gebäude- und Freifläche, Jägerstraße 19, Größe: 407 m²

versteigert werden.

Ein- bis zweigeschossiges Einfamilienwohnhaus als Doppelhaushälfte mit ausgebautem Dachgeschoss und Garagen, Altbau überwiegend unterkellert, Anbau nicht unterkellert.

Baujahr: ca. 1925, Anbau 1961. Wohnfläche: 106 m².

Raumaufteilung (lt. Bauzeichnungen): KG: vmtl. Flur, 1 Kellerraum, Heizungs- und Tankraum; EG: Flur, 3 Zimmer, Bad, Terrasse; DG: Flur, 2 Zimmer, Küche; SpB: Speicherraum.

Nicht unerheblicher Instandhaltungs- und Modernisierungsstau. Eine Innenbesichtigung ist durch den Gutachter nicht erfolgt.

Grundstücksgröße: 407 m².

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 27.06.2025

eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

200.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Siegburg, den 25.08.2026